

Verantwortl. Redakteur: H. D. Köppler in Stettin.
Verleger und Drucker: H. Graßmann in Stettin, Kirchplatz 3-4.

Bezugspreis: in Stettin monatlich 50 Pf., in Deutschland 2 Mk.
vierteljährlich; durch den Briefträger ins Haus gebracht
kostet das Blatt 50 Pf. mehr.

Anzeigen: die Petitzeile oder deren Raum im Morgenblatt
15 Pf., im Abendblatt und Anzeigen 30 Pf.

Annahme von Inseraten Kohlmart 10 und Kirchplatz 3.

Agenturen in Deutschland: In allen größeren
Städten Deutschlands: R. Mosse, Haenstein & Vogler
G. L. Daube, Invalidendank. Berlin Bernh. Arndt, Max
Germann, Otto Thiele. Elberfeld W. Thienes. Greis-
wald G. Illies. Halle a. S. Jul. Barck & Co. Hamburg
Heinr. Eisler, Joh. Nootbaar, A. Steiner, William Wilkens,
Kopenhagen Aug. J. Wolf & Co.

E. L. Berlin, 19. März.
Preussischer Landtag.
Abgeordnete-Haus.
37. Sitzung vom 19. März.
Präsident v. Köppler eröffnet die Sitzung
8 Uhr Abends.
Die dritte Beratung des Etats wird fort-
gesetzt bei dem Etat der landwirtschaftlichen Ver-
waltung. Auf Anregung des Abg. v. Béditz
(frk.) bemerkt

Minister v. Heyden, er habe bereits ein-
leitende Schritte getan für Aufbesserung der
Verhältnisse in den landwirtschaftlichen Mittel-
schulen im nächsten Etat. Auf Anregung ferner
des Abg. Conrad (frk.) sagt der Minister, er
bei Ausführung des Rentengüter-Gesetzes möglichst
auch die Besitzer kleinerer Güter zu berücksich-
tigen.

Bei dem Kultusetat gedenkt
Abg. Bopel (frk.) der Erklärung der
studentischen Korporationen in Bonn über die
Ferien-Ordnung.

Gh. Rath Althoff bemerkt dazu, die
Sache erweise vielleicht nicht wenig, die Auf-
merksamkeit des hohen Hauses so lange zu fesseln,
immerhin aber streife sie nicht unwichtige Fragen.
Ungeachtet der Verneinung der Studenten müsse
doch zum Mindesten von ihnen verlangt werden,
daß sie sich Studiums halber in der Universitäts-
stadt aufhalten. Auch schreibe hauptsächlich jede
Unversität die Aufenthaltspflicht vor. Komme
es doch leider trotzdem vor, daß ein sich zum
Staatsexamen meldender Student der Ober-
examinations-Kommission Zeugnisse vorlege, wo-
nach er innerhalb genau desselben Jahres im
Karlsruhe seiner Militärpflicht genügt und zugleich
in Berlin studiert habe. (Heiterkeit.) Vergleichs gebe
natürlich nicht an, daher der bekannte neue Erlass
des Ministers. Auch die genaue Innehaltung
der Semester sei Nothwendigkeit, es dürfe doch
nicht dahin kommen, daß nach einem bekannten
Scheitern sich das Semester zu einer „kurzen,
aber unangenehmen Unterbrechung der Ferien“
gestalte. (Heiterkeit.) An eine Schmälerung der
akademischen Freiheit als solcher denke ein
preussischer Kultusminister nicht.

Auf Vermählung des Abg. Birchow, es
sei die Landes-Kunst-Kommission schon so lange
nicht einberufen worden, entgegnet

Gh. Rath Jordan, die Einberufung
dieser Kommission erfolge in allen wichtigen
Fragen, dagegen freilich nicht stets, wenn es sich um
Angelegenheiten von geringerer Bedeutung handle.

Abg. Rorsch (kon.) plaidiert für Ver-
mehrung der evangelischen Prediger-Seminare.

Gh. Rath Pögel erwirbt, es handle sich
dabei lediglich um eine Finanzfrage; wenn die
notwendigen Mittel da seien, würde dem Wunsch
entsprochen werden.

Abg. Reichensperger begründet einen
Antrag, im Kapitel 16 hinter „Beförderungen und
Zuschüsse“ den Vermerk aufzunehmen: „Der den
auf dem linken Rheinufer im Bezirke des ehe-
maligen Appellations-Gerichtshofes zu Köln be-
legenen katholischen Pfarreien der Rheinprovinz
zu gewöhnliche Staatsgehalt beruht auf rechtlicher
Verpflichtung.“

Gh. Rath Gernar erklärt, daß die
Staatsregierung eine rechtliche Verpflichtung nicht
anerkennen könne und deshalb aus rechtlichen
und formellen Gründen die Ablehnung des An-
trages beantrage.

Der Antrag wird abgelehnt.
Der Antrag des Abg. Grafen Kanitz wegen
Anschaffung eines größeren Refraktors (Stellens)
für eine vom Staate unterhaltenen Sternwarte
wird nach dem Vorschlage der Budgetkommission
dahin angenommen, daß die Staatsregierung
entschieden wird, eine der vom Staate unterhaltenen
Sternwarten sobald als thunlich mit einem ver-
ständigen Refraktor zu versehen.

Weitere Diskussion erhebt sich nicht, der
Etat wird genehmigt, ebenso ohne Diskussion das
Etatgesetz, womit die dritte Beratung des Etats
erledigt ist.

Hierauf verläßt sich das Haus.
Nächste Sitzung: Montag 11 Uhr.
Tages-Ordnung: Welfenfonds und kleinere
Vorlagen.

Schluß 10 Uhr.

Deutschland.
Berlin, 20. März. Die überraschende
Wendung, in der der Schulfrage über Nacht ein-
getreten ist, hat auf konservativer und liberaler
Seite eine geradezu niederlegende Wirkung aus-
geübt. Als vor einigen Tagen die Nachricht auf-
trat, daß der Reichskanzler und der Kultusmi-
nister aus der Annahme dieser Gesetze noch in
dieser Session eine Kabinettsfrage machen würden,
hat man sich gefragt, was dieser Fühler bezwecken
sollte. Er deutete offenbar darauf hin, daß trotz
des Einklangs zwischen dem Kultusminister und
den Welfenpartei das Schulgesetz noch nicht
unter Dach und Fach gebracht sei, daß vielmehr
Schwierigkeiten beständen an einer Stelle, von
der aus wiederholt schon Rundgebungen erfolg-
ten waren, die mit den Präheranten der „Kreuzzeitung“
nicht zu vereinbaren waren. Es braucht nach
den jetzigen Vorgängen nicht erst betont zu werden,
wo diese Stelle zu suchen ist. Wiederholt
wurde zu früherer Zeit bereits hervorgehoben,
daß von höchster Stelle auch die Mitwirkung der
Mittelpartei an dem Schulgesetze gewünscht
wird. Man hat sich dort gegen die Bedenken
nicht vertheidigen können, die eine Regelung der
Schulfrage lediglich im Sinne und mit der
Unterstützung der beiden extremsten politischen
und kirchlichen Parteien hervorrufen müßten. Und
die Betonung dieser Bedenken in der jüngsten
Kronratssitzung hat dann zu dem Ereignissen ge-
führt, die heute überall die politische Diskussion
beherrschen. Daß das Entlassungsgesetz des
Grafen Jellitz zu dessen Rücktritt führen werde,
wird nicht bezweifelt. Er hat sich selbst durch
die Einseitigkeit einer Parteistellung jeden Aus-
weg aus dem Dilemma versperrt, der sonst
vielleicht sich noch bieten würde. Die Beschrän-
kung der Vorlage auf ein bloßes Dotationsgesetz
hat er mit aller Bestimmtheit als unannehmbar
zurückgewiesen. Anders liegt die Sache mit dem
Entlassungsgesetze des Grafen Caprivi. Es ist
vielleicht begreiflich, daß er diesen Schritt ge-
than hat, nachdem er sich — ohne zwingenden
Grund — in der Schulfrage so fest engagiert
hat. Aber es ist zu erwarten, daß nach dieser
Seite hin sich noch eine Verständigung treffen
läßt, die dem Grafen Caprivi das Verbleiben auf

seinem Posten ermöglicht. Eine definitive Ent-
scheidung wird wohl erst nach der Rückkehr des
Kaisers zu erwarten sein. Auf die Landtags-
session wird natürlich das Scheitern des Schul-
gesetzes nicht ohne Einfluß sein; es wird unter
diesen Umständen möglich sein, die schon im
nächsten Monate zum Abschluß zu bringen.

Der Aufenthalt des Kaisers in Hubertus-
stock soll einer Lokal-Korrespondenz zufolge für
eine längere Zeit bemessen sein. Ihr wird aus
Gerswalde geschrieben, daß der Kaiser bei seiner
Ankunft daselbst am Freitag Nachmittag sehr
wohl ausgehen und sich allem Anschein nach
von dem vorausgegangenen Unwohlsein völlig er-
holt hat. Alle disponiblen Zimmer des Jagd-
schlosses Hubertusstock sind in Stand gesetzt
worden. Am Freitag früh sollen aus dem kaiser-
lichen Marstall 27 Pferde und 8 Equipagen nach
Hubertusstock überführt worden sein. Da der
Kaiser mit nur kleinem Gefolge eingetroffen ist,
so wird mit Bestimmtheit vermutet, daß der
Kaiser während der Zeit seines Aufenthalts
größeren Besuch erwartet. Man erzählt, daß im
Laufe der Woche der Reichskanzler Graf Caprivi
auf einen Tag in Hubertusstock zum Vortrag ein-
treffen wird.

Der Reichskanzler Graf Caprivi
hat sich auf telegraphische Veranlassung des
Kaisers heute nach Hubertusstock be-
geben.

Die Kaiserin wohnte am heutigen Vormittag
dem Gottesdienste in der Dreifaltigkeitskirche bei.
Zuvor schon hatte Ihre Majestät den Besuch der
Kaiserin Friedrich und der Prinzessin Mar-
garithe im hiesigen königlichen Schlosse empfangen.

Am Nachmittag, nach der Frühmüßigkeit,
unternahm die Kaiserin eine Spazierfahrt durch den
Tiergarten. Morgen Vormittag gedenkt die Kai-
serin sich von hier nach Mecklenburg zu begeben,
um der Frau Großherzogin-Mutter von Mecklen-
burg Schwerin einen Besuch abzustatten. Schon
heute Abend wird Ihre Majestät in Berlin
zurückkehren. Die Meldung der „Allgemeinen
Reichs-Korr.“, daß die Kaiserin sich am Sonntag
nach Hubertusstock begeben werde, bestätigt sich
somit nicht.

Dem Vorlande des Verbandes deutscher
Handelsgärtner, der im Reichsamt des Innern
eine Bepflanzung über die Sonntagsruhe ge-
habt hat, ist das folgende, in der „Magdeb. Ztg.“
abgedruckte Schreiben des Staatssekretärs von
Bötticher vom 22. Februar zugegangen:

„Euer Wohlgebornen erwidere ich auf die gefl.
Eingabe ergebenst, daß für den Betrieb der
Handelsgärtnerien, soweit sie überhaupt unter
die Bestimmungen der Reichs-Gewerbeordnung
fallen und nicht als landwirtschaftliche Betriebe
von denselben ausgeschlossen sind, der § 100 c der
Gewerbeordnungsnovelle vom 1. Juli 1891 die
Möglichkeit gewährt, den Pflanzungen auch an Son-
ntags und Festtagen die notwendige Pflege angedeihen
zu lassen. Im Uebrigen weist der § 105 c dieses
Gesetzes die Prüfung und Entscheidung der Frage,
ob die vollständige oder theilweise Ausübung des
Gewerbes der Handelsgärtnerien an Son-
ntags und Festtagen zur Befreiung fähiger oder an die-
sen Tagen besonders hervortretender Bedürfnisse
der Bevölkerung erforderlich ist und demgemäß
Ausnahmen von den im § 105 b der Novelle ge-
troffenen Bestimmungen über die Sonntagsruhe
zugunsten sind, den höheren Verwaltungsbehör-
den zu.“

Auf eine Anfrage des Regierungspräsidenten
zu Düsseldorf bezüglich des sonntäglichen Betriebes
der zu industriellen Werken gehörigen Gas- und
Wasserwerke haben die Vereine dieser Branchen
eine Antwort ertheilt, in der die Arbeiten auf-
gezeigt werden, deren Verrichtung auch an den
Sonntagen nothwendig ist.

Breslau, 20. März. Die „Schlesische Zeit-
ung“ meldet aus Reichenbach am Eulenberg, daß
das Niederbrennen der dortigen Rosenberger'schen
Spinnfabrik, wodurch gegen 600 Arbeiter brodlos
geworden seien.

Halle, 19. März. Der sozialdemo-
kratische Gewerkschafts-Kongress ist am Freitag ge-
schlossen worden; er wird der Gewerkschafts-
bewegung den Aufschwung, welche einzelne Dis-
positionen von ihm erwartet hatten, sicherlich nicht
bringen. Als der bedeutendste Beschluß der Frei-
tagssitzung und vielleicht des Kongresses überhaupt
ist zu bezeichnen, daß der Generalkommission die
bisher innegehabte Befugnis, Streiks zu unter-
stützen, entzogen wurde. Damit hat diese Kom-
mission ihre Bedeutung verloren; denn bei
Streiks hat eben nur die politische Hilfe Werth;
Rathschläge, welche die Kommission jetzt noch er-
theilen kann, dürften nicht geeignet sein, deren
Ansehen zu erhöhen, da sie meistens nicht befolgt
werden, weil die Sozialisten die Aussichten eines
Streiks besser übersehen zu können glauben, als
die Generalkommission, deren Sitz in Hamburg
befallen worden ist. Die Kommission hat, wie
in Berlin wiederholt in Volksversammlungen
behaupet worden ist, bezüglich der Streik-Unter-
stützungen eine eigenthümliche Praxis befolgt: für
Streiks in Hamburg und Umgebung wurde mit
vollen Händen gegeben, während für solche an
anderen Orten kein Geld vorhanden war. Eine
starke Missstimmung trat deshalb unter den Kon-
greßdelegierten zu Tage und so wurde der Beschluß
gefaßt, der Kommission die Befugnis, Streiks zu
unterstützen, zu entziehen. Von weiteren Rund-
gebungen des Kongresses verdient die nur nebenbei
erwähnte Ablehnung eines Mittrauensvotums
gegen das Gewerkschaftswesen Beachtung. Ver-
ständlich verwirft die offizielle Sozialdemokratie
die Selbsthilfe; trotzdem haben die Gewerkschaften
eine größere Anzahl „Gründungen“ auf ge-
sellschaftlichem Wege vorgenommen (Gutmacher-
genossenschaft in Berlin, mehrere Bäckereien u. s. w.).
Vor Jahresfrist haben die sozialdemokratischen
Führer wiederholt erklärt, daß durch genossen-
schaftliche Unternehmungen das Programm der
Partei verschoben werden könnte und deshalb
dringend vor solchen Schöpfungen zu warnen sei.
Die Antwort darauf war, daß dieselben sehr stark
in Aufschwung kamen; in Hamburg hat sich sogar
eine Gesellschaft zur Gründung einer Genossen-
schaftsbäckerei, die weit über eine Million Mark
kosten soll, gebildet. Der Gewerkschaftskongress
hat, indem er das beantragte Mittrauensvotum
gegen das Gewerkschaftswesen ablehnte, sich
eigentlich gegen das offizielle Programm der So-
zialdemokratie erklärt. Die weiteren Beschlüsse
des Kongresses sind nichtstündig; jedenfalls be-
deuten sie für die weitere Entwicklung der ge-
werkschaftlichen Bewegung nichts; der Halber-
städter Kongress ist verpufft.

Neustrelitz, 19. März. (W. T. B.) Die
bisherigen Meldungen über das Ergebnis der
heute stattgehabten Reichstagswahl in Meck-
lenburg-Strelitz lassen eine Stichwahl zwischen
dem konservativen Kandidaten Graf Schwerin-
Wolfskronen und dem deutschfreisinnigen Kan-
didaten Wilschandt-Biese wahrscheinlich erscheinen.

Münch, 20. März. (W. T. B.) Der Dom-
kapitular Thoms ist heute im Dome an einem
Schlaganfall gestorben.

Oesterreich-Ungarn.
** Die Elite der ungarischen Gesellschafts-
kreise hat sich, wie uns aus Pest geschrieben
wird, einer von der Gemahlin des Minister-
präsidenten, Gräfin Julius Szapary, ausgegan-
genen Anregung folgend, zu einer Wohlthätig-
keits-Aktion zusammengefaßt, welche die Verringerung
des Nothstandes unter der slowakischen Bevölke-
rung in dem durch Mangel heimgeführten Ar-
beiter Komitee bezweckt. Das hochherzige Vor-
gehen der Gräfin Szapary hat in den Salons
der ungarischen Aristokratie ein Verständnis und
ein Entgegenkommen gefunden, wie es seit der
Katastrophe von Szegedin nicht der Fall gewesen
war, und damit nicht genug, pflanzt sich der oben
kommende Impuls in immer weitere Kreise durch
Stadt und Land fort, die Presse hat sich des Ge-
genstandes bemächtigt und sorgt dafür, daß die
öffentliche Meinung über den Fortgang der er-
reichten Hilfsaktion auf das prompteste und aus-
giebigste unterrichtet wird. Eine glänzende
Widerlegung des der ungarischen Gesellschaft von
unabhängiger, wonicht böswilliger Seite hin und
wieder gemachten Vorwurfs nationaler Engherzig-
keit ist füglich nicht denkbar. Hier erscheint eine
notwendige Nationalität, die durchgehends nicht-
magyarischer Zunge ist, auf dem Plan, und ganz
ungarn einbreut in jedem Betteiler, den fremd-
sprachigen Mitbürgern Trost und Hilfe in ihrem
Glen darzubringen. Ob sich die Unkenntnis und
Missgunst des Auslandes, welche von „Vergeßlich-
keit“ der Slowaken oder auch der Rumänen
Ungarns phantasiert, durch das, was gegenwärtig
vor sich geht, eines Besseren belehren lassen wird?
Warum wir es ab. Ebenfalls kann und wird
die angeblich „unverrückte“ slowakische Bevölkerung
jetzt selbst beurtheilen, wer ihr in ihrer bema-
gten harten Bedrängnis die hilfreiche Hand ent-
gegenstreckt; ihre magyarischen „Unterdrückten“
oder ihre paulowitschen „Erlöser“ in Moskau
bezw. in Paris.

Schweiz.
Bern, 18. März. Als Befehlsgabe für die
Gottthard-Befestigung sind vorläufig folgende
Truppen bestimmt: Infanterie: Schützenbatail-
lon Nr. 4, Auszug; Jägerbataillon Nr. 87,
Auszug; die Landwehrregimenter Nr. 14 und 29;
Landwehrbataillon Nr. 4. Artillerie: die Fe-
stungskompanien Nr. 1, 2, 3 und 4; Positions-
Artillerie-Abtheilung IV; Landwehrfeldbatterie
Nr. 3. Genie: die Landwehr-Sappeur-Kom-
panien Nr. 4, 6 und 8; die Landwehr-Vionier-
Kompanien Nr. 4, 6 und 8. Diejenigen der
hier angeführten Truppen-Einheiten, welche bis
jetzt höheren Verbänden angehört, scheiden aus
denselben aus und treten unter das Kommando
der Gottthard-Befestigung.

Herr Heinrich Angst von Regensburg im
Kanton Zürich wurde vom Bundesrath heute zum
Direktor des schweizerischen Landesmuseums er-
nannt. Zum Ankauf für das Museum ist das
Zimmer-Juener des Salons im ehemaligen Hause
Bertalozzi (Pestalozzi) aus dem Jahre 1585 in
Chaux-de-Fonds bestimmt.

Die Hinrichtung des Italiensers Gatti, welche
heute Morgen 9 Uhr auf dem Hofe der Straf-
anstalt in Lugano durch die Guillotine vollzogen
wurde, ist seit dem Jahre 1874 die erste Todes-
strafe in der Schweiz. In dem genannten Jahre
wurde die Todesstrafe durch die Bundesver-
fassung für die ganze Schweiz aufgehoben; im
Jahre 1879 wurde sie von acht Kantonen wieder
eingeführt.

Belgien.
Brüssel, 19. März. (W. T. B.) Dem
„Patriote“ zufolge wäre die Ursache der Kata-
strophe in Anderlues auf den Nachlaß eines gegen
die Direktion des Bergwerkes erbitterten Arbeiters
zurückzuführen.

Brüssel, 20. März. (W. T. B.) Gestern
Nachmittag fand im Schlosse Laeken eine Gas-
explosion statt, wobei ein Arbeiter verletzt und
einige Fensterheben zertrümmert wurden. Der
Vorfall verhinderte nicht, daß der König und die
Königin gestern Abend die Mitglieder des artillerie-
schen Klubs in den Räumen des Schlosses
empfangen.

Lüttich, 20. März. (W. T. B.) In der
vorgangenen Nacht entdeckte eine Polizei-Patrouille
an dem Hause des Polizeichefs Wignou eine
Klosette, welche eine Dynamit-Ladung zu ent-
halten schien. Der Fühler war in Brand ge-
steckt worden, aber in Folge des engen Falles
der Klosette erloschen. Letztere wurde einem Ar-
tillerieoffizier zur Feststellung ihres Inhalts über-
geben.

Dem Vorigen sind des letzten Schwurgerichts-
hofes Renfon ist ein neuer Drobriß zuge-
gangen.

Frankreich.
** Ein von der französischen Mittelmeer-
Marine bis in die neueste Zeit ziemlich stief-
mütterlich behandelter Punkt sind die hygienischen
Anstalten bezw. die ihnen gegenüber belegenden
Strecken des Küstenraumes, welche zusammen die
sogenannte Rhede von Hyeres, einen geräumigen
und trefflichen Lagerplatz für ganze Flotten, bil-
den. In ihrer gegenwärtigen Verfassung würde
die Rhede von Hyeres wegen der geringen Schwin-
gigkeit, sich ihrer zu bemächtigen, für jeden mari-
timen Gegner der Republik ein verlockendes An-
griffsobjekt darbieten, da es kaum eine bessere
Operationsbasis für eine Flotte des stärksten
französischen Mittelmeerheeres, Toulon, geben
kann. Es scheint nun, daß die Vernachlässigung
der genannten Positionen am längsten gedauert
habe. Gelegentlich der letzten Anwesenheit Herrn
de Freycinet in den Mittelmeer-Departementen
lenkte der Seepfarrer von Toulon das Augenmerk
des Kriegsministers auf den unbefriedigenden
Vertheidigungsstand der hygienischen Anstalten
nebst Dependenzen und bewirkte, daß der oberste Kriegs-
rath in Paris der Sache näher trat. Es wurde
ein General mit der Verrichtung des Terrains
betraut. Derselbe hat letzten seinen Bericht er-
stattet, in Folge dessen die Anstalten schon in aller-

nächster Zeit mit einer Abtheilung Festungs-
Artillerie nebst Marinetruppen besetzt und zur
Erfüllung der strategischen Aufgabe, die ihnen im
Kriegsfalle obliegen würde, geschikt gemacht wer-
den sollen.

Italien.
Rom, 19. März. (W. T. B.) Deputirten-
kammer. Prinetti fragt die Regierung, ob das
Gericht sich befähigt, das der Investitur-Ferman
Abbas Paschas nach die Jurisdiktion in Mafjowah
umfasse, und welche Vorbehalte im entsprechenden
Falle die italienische Regierung mache oder be-
absichtige. Der Ministerpräsident bi Rudini er-
widerte, er kenne den Ferman noch nicht und sei
daher nicht im Stande, sich darüber zu äußern.
Prinetti nahm die Antwort des Minister-
präsidenten zum Kenntniss und empfahl der
Regierung Wachsamkeit. Die Kammer begann
alebann die Beratung des Eisenbahn-Entwurfs.

Großbritannien und Irland.
London, 17. März. Die Frage einer staat-
lich garantierten Altersversorgung beschäftigt be-
sonnlich englische Sozialpolitiker seit längerer
Zeit. Von den bedeutendsten Staatsmännern
hat sich besonders Mr. Chamberlain lebhaft für
das Zustandekommen eines solchen Gesetzes inter-
essirt und unter Mitwirkung einer Anzahl seiner
parlamentarischen Kollegen und anderer mit den
einschlägigen Verhältnissen betrauten Männer ein
dabinzielendes Projekt ausgearbeitet versucht.
Nachdem er bereits im Anfang Februar die
Hauptzüge seines Altersversorgungsgesetzes bekannt
gemacht, veröffentlicht er heute den Entwurf in
genaueren Einzelheiten. Die ablehnende Haltung,
welche seinerzeit die gesamte Presse gegen diese
Vorschläge an den Tag legte, wird durch sie wohl
noch verstärkt werden. Schon allein die pekuniäre
Durchführbarkeit erscheint bei der angenommenen
Höhe der Beiträge noch zweifelhafter als früher.
Die Altersversorgung ist, wie es nun einmal die
in allen Schichten der englischen Bevölkerung
herrschenden Anschauungen erweisen, eine rein
freiwillige mit Ausnahme aller von der Regie-
rung beschäftigten Personen. Es handelt sich
auch nicht mehr um eine Versicherung für Arbeit-
er allein, sondern für alle Bevölkerungsklassen.
Es soll ein staatlicher Pensionsfonds errichtet
werden, für den das Parlament einen jährlichen
Zufuß bewilligt, der durch lokale Beiträge zu
ergänzen ist. Jede männliche Person, welche
zum Zwecke der Altersversorgung vor dem 25.
Lebensjahre 5 Pfd. Sterl. (100 Mark) in eine
Pensionskasse einzahlte (eine Summe, zu welcher
der Staat aus obigen Fonds weitere 15 Pfund
Sterl. (300 Mark) hinzugelegt) und 40 jährliche
Zahlungen von 1 Pfd. Sterl. (20 Mk.) in be-
liebigen Raten leistet, soll nach vollendetem
65. Lebensjahre zu einer Pension von 13
Pfund Sterl. (260 Mark) oder 5 Sh. pro
Woche berechtigt sein. Stirbt der Versicherte vor
der dritten Jahreszahl, so werden seinem
Rechtsnachfolger die zuerst bezahlten 5 Pfd. Sterl.
zurückgefordert. Stirbt er aber nach der dritten
Jahreszahl mit Hinterlassung einer Wittve
und Kindern oder der Witwe ohne Kinder allein,
so sollen der Wittve 5 Sh. wöchentlich für die
nächsten 26 Wochen und jedem Kinde bis zum
12. Lebensjahre je 2 Sh. wöchentlich ausgezahlt
werden; doch darf der Gesamtbeitrag in den
ersten 26 Wochen nicht 12 Sh., späterhin nicht
8 Sh. übersteigen; stirbt er ohne Hinterlassung
solcher Angehörigen, so werden nur die ersten 5
Pfd. Sterl. vergütet. Jedem steht es frei, seine
eventuelle Jahresrente von 13 Pfd. Sterl. bis
auf 26 Pfd. Sterl. (520 Mark) zu erhöhen; so
würde z. B. ein weiterer Jahresbeitrag von je
10 Sh. die Rente um 34 Pfd. Sterl. (68,70
Mark) vergrößern. Diese Extraprämien würden
im Falle des Todes vor dem 65. Jahre insgesamt
zurückgezahlt werden. Wesentlich niedriger stellen
sich die Gelder bei einer Versicherung ohne Rück-
gabe der Prämien oder Wittwen- und Waisen-
Unterstützung. Jede männliche Person sichert sich
nach dem 65. Lebensjahre die Wochenrente von
5 Sh., sobald sie nur am Anfang 2 Pfd. Sterl.
10 Sh. (50 Mark) in eine Pensionskasse zahlt
und 40 Jahresbeiträge von 10 Sh. leistet. Der
Staat soll dann 10 Pfd. Sterl. (200 Mark) ein-
malig hinzulegen. Eine Erhöhung der Rente ist
hier ebenfalls gestattet. Jede weibliche Person,
die vor dem 25. Lebensjahre 30 Sh. in eine
Pensionskasse zahlt und darauf 40 Jahresbeiträge
von 8 Sh. 6 d leistet, würde sich eine Jahres-
rente von 7 Pfd. Sterl. 16 Sh. (156 Mark)
sichern, also 3 Sh. per Woche. Auch sie kann
dieselbe durch Extraprämien bis auf 26 Pfd. Sterl.
(520 Mark) erhöhen.

London, 18. März. Der Berliner Bericht-
erstatter der „Times“ hat eine reizende Entdeckung
in Bezug auf die künftige Verwendung des
Welfenfonds gemacht. Er will wissen, daß König
Georg von Hannover in seinem Testament der
Königin Viktoria von England und ihren fünf
Töchtern je 150,000 Sterl. letztwillig ausgesetzt
habe, daß der Herzog von Cumberland beim Tode
seines Vaters diese Legate nicht auszahlt habe,
weil Preußen das Privatvermögen des Königs
Georg von Hannover mit Beschlag belegt hatte,
daß aber jetzt für ihn, wenn er das Privatver-
mögen zurück erhalte, die Frage entstehe, ob er
jetzt seines Vaters Willen ausführen wolle. Im
Verhinderungsfalle habe er zu zahlen an die Königin
Viktoria, an die Kaiserin Friedrich, an die Erben
der verstorbenen Großherzogin von Hessen, an die
Prinzessin Christine von Schleswig-Holstein, an
die Marquise von Lorne und an die Prinzessin
Heinrich von Battenberg die Summe von zu-
sammen 900,000 Sterl. gleich 18 Millionen Mk.,
jedenfalls also dem armen Herzog von Cumberland
nur noch knappe 22 Millionen aus dem Welfen-
fonds übrig bleiben würden. Das ist natürlich
der helle Anflug, das Testament des Königs
Georg ist längst bekannt und man weiß daraus,
daß der König, abgesehen von der Marienburg
bei Nordbremen, der Königin Marie eine Leib-
rente von 60,000 Thalern und den beiden Prin-
zessinen-Töchtern eine Leibrente von je 10,000
Thalern ausgesetzt hat. Er hatte ferner ange-
ordnet, daß diesen drei Damen, also der Königin
Marie, der Frau v. Bismarck-Rammingen und der
Prinzessin Mary, je eine Million Thaler zufallen
sollten aus den bis zu seinem Tode erhaltenen
Ueberschüssen des beschlagnahmten Welfenfonds,
dessen Ueberschüsse nach der Beschlagnahme-Ver-
ordnung vom 2. März 1868 zu dem Kapital ge-
schlagen werden sollten. Letzteres ist bekanntlich
nie geschehen, da Fürst Bismarck die Beschlagnahme
nicht zu der Schaffung einer Sparkasse

für die welfische Familie hatte ausarten lassen
wollen. Wohl aber hatte Fürst Bismarck damals
eingewilligt, daß jene Legate des Königs an die
drei Damen mit zusammen 80,000 Thalern jähr-
lich vorwiegend aus dem Welfenfonds an sie ausbe-
zahlt werden sollten, weil der Herzog von Cum-
berland sich nach dem Tode des Vaters außer
Stande oder nicht geneigt erklärte, diese Leibren-
ten unterstützt an seine Mutter und seine beiden
Schwestern auszahlen. Wenn aber die Königin
von England und ihre fünf Töchter dem Herzog
von Cumberland jetzt je eine Million Thaler be-
anspruchten sollten, so werden sie am besten thun,
sich an die „Times“ selbst wegen der Ausbezahl-
ung zu wenden. Beim Herzog von Cumberland
werden sie schwerlich Gegenliebe finden.

England.
Petersburg, 20. Mai. (W. T. B.) An
direkten Steuern liefen im Jahre 1891 104,270,274
Rubel ein, während 133,789,482 Rubel veran-
schlagt waren.

Petersburg, 20. März. (W. T. B.) Der
König von Rumänien hat an das unter dem Vor-
sitz des Großfürsten-Thronfolger stehende Noth-
hülfskomitee einen Beitrag von 10,000 Frs. ge-
geben.

Sibien, 20. März. (W. T. B.) Auf dem
gestrigen Abend zu Ehren der Amerikaner veran-
stalteten Festeinige der amerikanischen Generals-
Konföderation in einer Ansprache, Alles,
was Amerika für Rußland gethan habe, trete weit
hinter den Dienst zurück, welchen Rußland vor
dreißig Jahren Amerika erwies, als es seine
Flotte entsandte, um den Vereinigten Staaten bei
der Aufrechterhaltung ihrer Unabhängigkeit
Unterstützung zu bringen und verhindern zu
lassen, daß dieselben einer der schönsten Sterne
aus ihrer Nationalflagge geraubt werde. Der
Delegirte des Nothhülfskomitees Graf Bobrinsky
danke dem Generalkonföder für seine Worte und
brachte ein Hoch auf Philadelphia und die Ver-
einigten Staaten aus.

Stettiner Nachrichten.
* **Stettin, 21. März.** Der Winter ist nun
mehr gewichen. Die Sonne entfaltete sich in ihrer
Pracht und sendet ihre lieblichen, erquickenden
Strahlen, um die Menschheit einzuladen, hinaus-
zugehen in Gottes freie Natur, zu luftwandeln.
Und daß die Menschheit der Einladung gerne
folgt, das merkte man am gestrigen Sonntage.
Zu Tausenden strömten die Menschen ins Freie;
auf den Straßen und in den Anlagen herrschte
ein reges buntbewegtes Leben und die beliebtesten
Ausgangsorte der nächsten Umgebung konnten die
Menge der Besucher nicht fassen. Auch an den
Straßen zeigen sich die ersten Frühlingszeichen
und die Bäume zwischen den Bäumen des Frühlings
entgegen. Freilich muß abgewartet werden, ob
Regener schon kühnliche Quartiere nehmen oder
sich noch einmal durch Schnee und Eis zurück-
schrecken lassen wird.

* An Stelle des Herrn Rektor Leisch wurde
gestern Herr Kaufmann Heinrich Reiterer hier-
selbst als Mitglied des Gemeinderathes ge-
wählt. Herr Reiterer ist ein in der Stadt ge-
kannter Mann, der sich als Mitglied des Gemeinderathes
nicht aufgestellt.

* Ein ganzer Trupp Arbeitsloser — es
mochten wohl ein paar Hundert Menschen ge-
wesen sein — zog heute Morgen nach den Ab-
bruchbauten in der Bellevuestraße, um dort
energisch Arbeit zu verlangen. Aber bald wurden
sie von den Revierbeamten der Polizei vertrieben.
Doch um ihrem Aergers Ausbruch zu verlei-
hen, sperrten die Leute die Pferdebahn ab. Alsdann
durchzogen sie die Lindenstraße. Am Berliner-
thor erfolgte eine Verhaftung. Nunmehr ging
nach dem Neubau in der Bollwerstraße, um
dort weiter zu ständalisieren. Die bedrohten die
Menschen die erscheinenden Polizeibeamten mit
Steinen, so daß sich die Kriminalbeamten ge-
nötigt sahen, energisch vorzugehen. Sechs bis
acht Verhaftungen wurden vorgenommen. Nach
und nach zerstreuten sich die Arbeitslosen.

* In der Nacht zum Sonntag fand auf der
Oberwies zwei englische Matrosen, deren Namen
nicht festgestellt werden konnten, verhaftet und
zur Anstalt gebracht worden. Dieselben mach-
ten in genannter Straße Standal, der Aufforde-
rung des Wächters, ruhig zu sein, leisteten sie
nicht Folge, vielmehr griff einer von den Ma-
trosen den Beamten thätlich an. Erst nachdem
noch ein zweiter Wächter hinzukam, gelang es,
die beiden in Nummer Sicher zu bringen.

— Von dem reisenden Publikum werden
vielfach Anträge auf Ausstellung von zusamen-
stellbaren Fahrkarteinbeinen an unrichtiger Stelle
angebracht, wodurch oft eine verpönte Ausfertigung
derselben eintritt, in vielen Fällen die Fahr-
karteinbeine aber überhaupt nicht mehr bereit ge-
stellt werden können. Wir machen unsere Leser
deshalb darauf aufmerksam, daß die Anträge auf
Ertheilung dieser Fahrkarteinbeine seitens des Publi-
kums zweckentsprechend bei der, dem Wohnort
des Antragstellers zunächst gelegenen, bzw. bei
der Fahrkartenausgabestelle derjenigen Station,
von welcher die Reise begonnen werden soll, zu
stellen sind.

— Die höhere Töchterschule des
Fräulein Wolff, Kronprinzenstraße 21, hatte
am Sonnabend ihr Schlußfest im Konzerthause
veranstaltet und nahm dasselbe bei überaus zahl-
reicher Theilnahme der Angehörigen der Kinder
einen in jeder Weise zufriedenstellenden Verlauf.
Eröffnet wurde das Fest durch einen Blumen-
Reigen der kleinsten Schülerinnen, sodann folgte
ein von der französischen Konversationslehrerin
der Anstalt aus dem Deutschen in das Franzö-
sische übergesetztes Lustspiel „une tasse de café“,
bei dessen Aufführung sich die Darstellerinnen
durch deutliche Aussprache vortrefflich auszeich-
neten, ebenso fand das deutsche Lustspiel „Die
Erbin der Tante“ eine recht befriedigende Dar-
stellung. Lebhaften Beifall erntete die Märchen-
Deklamation und Gefangen, letztere von Abt
komponirt; mit sichtlich Freude entliehen sich
die Schülerinnen ihrer Aufgabe, die Gefangen-
klänge frisch und rein und auch die Deklama-
tionen kamen wirksam zum Vortrag. Den
Schluß des Festes bildete ein vorzüglich gekleideter
Reigen der größeren Schülerinnen als Bäreninnen
mit Blumenreihen ausgeführt, und war ein
Schlußbild, bei welchem sich sämtliche Kinder
in schöner Gruppierung nochmals zeigten, überaus
wirksam. Die Aufführungen, denen auch Herr
Schulrath Dr. Krosta beizuwohnte, fanden durch-
weg lebhaften Beifall.

Gesamt-Vorschüsse Franks 328,812,000, Abnahme 5,153,000.
Zins und Discont-Erträge Franks 5,768,000, Zunahme 296,000.
Verhältniß des Notenumlaufs zum Baarver-
brauch 86,30 Prozent.

London. 19. März. Bankausweis.
Totalreserve Pfd. Sterl. 17,417,000, Zunahme
598,000.
Notenumlauf Pfd. Sterl. 24,654,000, Ab-
nahme 267,000.
Baarverrath Pfd. Sterl. 25,621,000, Zunahme

329,000.
Portfeuille Pfd. Sterl. 23,378,000, Abnahme
106,000.
Guthaben der Privaten Pfd. Sterl. 27,540,000,
Abnahme 24,000.
Guthaben des Staates Pfd. Sterl. 10,575,000,
Zunahme 543,000.
Notenreserve Pfd. Sterl. 19,956,000, Zunahme
540,000.
Regierungs-Sicherheiten Pfd. Sterl. 10,785,000
unverändert.
Prozent-Verhältniß der Reserve zu den Passiven
45½ gegen 44½ in der Vorwoche.
Clearinghouse-Umlag 142 Mill., gegen die ent-
sprechende Woche des vorigen Jahres weniger
11 Millionen.

Schiffs-Unfälle.

Londen, 20. März. Der neue Stahlvier-
maßer "Winbmerre" (3000 Tonnen), von Wil-
ford nach Newbort und Kallutta unterwegs, schei-
terte im Schneesturm an der Küste New-Bersey.
Die ganze Besatzung, 40 Personen, wurde durch
den Raketenapparat gerettet.

Berlin, 21. März. Der heutigen Sitzung des Abgeordnetenhauses, in der auch die Besen-
sondsvorlage zur Verathung steht, wohnte von
den Ministern nur Miquel bei, Caprioli war bis-
her nicht erschienen.

Berlin, 21. März. Abgeordnetenhaus.
Richter beantragt die Vertagung der Verathung
des Gesetzes betreffend das Ruhegehalt der Geist-
lichen wegen der Ministerkrisis und Nichtan-
wesenheit des Kultusministers. Miquel erklärt
dagegen, die Minister blieben solange im
Dienste, bis sie ihre Entlassung erhielten.
Ein ministerieller Kommissar sei anwesend. Richter
beantragt darauf die Anwesenheit des Kultus-
ministers. Die Anträge Richters werden abge-
lehnt. Die erste Lesung der Ruhegehalts-Vorlage
wurde sodann erledigt.

Berlin, 21. März. Allen hier verbreiteten

Verichten zufolge soll morgen eine Sitzung der Volksschulgesetz-Kommission stattfinden.

Hamburg, 21. März. Dem „Hamburgischen Korrespondenten“ zufolge ist Herr Wiemard in Folge eines am Sonnabend in Hamburg abgehaltene Besuchs von Unwohlsein befallen. Seine für morgen beabsichtigte Reise zum Kreistag nach Rastenburg wurde abgesagt.

Pest, 21. März. Nach amtlichen Berichten nimmt die Hungersnoth im Trengsziner Komitat immer mehr zu. 3000 Menschen sollen thatsächlich Hunger leiden.

Brüssel, 21. März. Anlässlich der Mai-Feier hat die Regierung beschloffen, zur Verstärkung der Garnison von Brüssel die Altersklasse der Mitz von 1888 und für die Garnisonen in der Provinz die Altersklassen von 1888 und 1889 zum 28. April einzuuberufen.

Underlues, 21. März. In der Grube 2 hat eine neue Explosion stattgefunden. Ein großes Feuer ist ausgebrochen und da es an genügendem Wasser mangelt, so wird eine neue Katastrophe befürchtet.

Paris, 21. März. Aus Carneau wird gemeldet, daß der Präsekt die Aufhebung des Streiks dadurch bewirkt habe, daß er das Schiedsgericht veranlasse, den Aufständischen eine Lohn-Erhöhung von 5 Prozent zuzuerkennen.

Paris, 21. März. Aus Hijeres wird gemeldet, daß das gesammte Gschwader zur Be-

grüßung der Königin Vittoria eingetroffen sei.
Der Herzog und die Herzogin von Vattenberg, Großfürst Peter, Herzöge Leuchtenburg und Oldenburg mit Gemahlinnen, sowie der Fürst von Montenegro werden erwartet.
Brest, 21. März. Der Anarchist Martinet wurde verurtheilt, weil er Marinesoldaten durch seine Reden aufgehetzt haben soll.
Rom, 20. März. In Folge des Erbrens auf den Liparischen Inseln am 16. d. M. sind auf der Insel Alicudi fünf Häuser eingestürzt, sowie mehrere Gebäude auf dieser und der Insel Filicudi beschädigt.
Kapitän Veltini wurde, wie der „Agenzia Stefani“ aus Massowah gemeldet wird, als er Molafeni verließ, von Briganten überfallen und getödtet. Vierzig Mann Hülfstruppen griffen darauf die Briganten an, tödteten einen Führer derselben und führten die Uebrigen.
Belgrad, 21. März. „Narodni Dnevnik“ bestätigt, daß die Regentschaft bei der zweiten Lesung des Gesetzentwurfs betreffend die Deklaration Milans Abänderungen erwarte und bis dahin die Neubildung des Kabinetts verschoben habe.
In der gestrigen Sitzung der Skupstina verlas Masic die bereits angekündigte Interpellation der Liberalen gegen den Ministerpräsidenten Bogic wegen des demselben vorgeworfenen Landesverraths in dem serbisch-bulgarischen Kriege von 1886.
Neu-York, 21. März. Der Präsident von Venezuela hat abgekannt. Caracas ist zu den Aufständischen übergegangen. Cresso ist zum provisorischen Präsidenten ausgerufen worden.